

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. phil. h. c. h. Auer, Leipzig, Postfach 1000.

Nr 68

Sonntag, den 20. März 1932

27. Jahrgang

### Neuer Aufruf für Hindenburg

#### Neue unermüdliche Tätigkeit!

Berlin, 18. März. Am Freitagvormittag tagte in Berlin das Kuratorium der Hindenburgauswahl. Das Kuratorium tritt mit folgender

#### Erklärung

in die Öffentlichkeit:

Der erste Wahlgang hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg eine Stimmenganzheit gebracht, die die Erwartungen des Kuratoriums vollumfänglich rechtfertigt. Für dieses Ergebnis kann man den Verbänden und einzelnen Persönlichkeiten, die sich in den Dienst unserer Sache gestellt haben, nur auf das Wärmste danken. Aber ihre Aufgabe ist damit noch nicht beendet. Es besteht die Gefahr, daß wegen der Höhe des Erfolges manche Wähler glauben, ihre Stimme sei nicht mehr nötig, während die Gegner zu doppelten Anstrengungen angezogen werden. Demgegenüber bedarf es auch von unserer Seite neuer unermüdlicher Tätigkeit. Niemand darf am 10. April der Wahl fernbleiben, niemand darf es unterlassen, durch Aufführung neuer Stimmen zu gewinnen, denn unser Ziel muß sein, daß der Reichspräsident, der sich jetzt zur Wahl stellt, im zweiten Wahlgang noch erheblich mehr Stimmen

erhält. Es gilt jetzt zu zeigen, daß nach der unheiligen Zersplitterung der ersten Wahl die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich zu dem Reichspräsidenten von Hindenburg bekennt, als den über dem Parteistreit erhabenen Vertreter Deutschlands nach innen und außen. Darum tun jeder seine Pflicht!

#### Aufruf des Grafen Westarp zur Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 18. März. Graf Westarp überlegt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er dazu aufruft, durch Wiederwahl Hindenburgs Deutschlands Stellung im außerpolitischen Entscheidungskampf zu stärken. Alle nationalen Frauen und Männer müßten bedenken, daß das deutsche Volk geschlossen hinter seinem Präsidenten als dem Führer im Freiheitskampf stehe, gewillt, den Kampf gegen Tribute, einseitige Entwertung und Kriegsschuldfrage bis zum vollen Siege durchzuführen. In alle, die am 18. März ihre Stimme noch einem anderen nationalen Kandidaten gegeben haben, erneuert er den dringenden Ruf, der Selbsterlösung Einhalt zu tun.

#### Ein Beispiel für Deutschland!

#### Spielverbot für ausländische Schauspieler in U. S. A.

Washington, 18. März. Präsident Hoover hat soeben ein Gesetz unterzeichnet, nach dem ausländische Schauspieler auf amerikanischen Bühnen nicht mehr auftreten dürfen. Ausnahmen dürfen lediglich bei Bühnenkräften von internationalem Ruf zugelassen werden. Durch diese Maßnahme werden die ausländischen Schauspieler den allgemeinen Einwanderungsbestimmungen unterworfen.

#### Amerika verbietet das Auftreten von ausländischen Musikern

Washington, 18. März. Das vom Präsident Hoover unterzeichnete Gesetz, das Bestimmungen über ausländische Künstler in amerikanischen Theatern verbietet, untersagt nicht das Auftreten ausländischer Schauspieler, wie irrtümlich gemeldet wurde, sondern nur die Teilnahme von ausländischen Musikern, die ein Instrument spielen. Die Vorlage über ausländische Schauspieler ist vom Kongreß noch nicht angenommen worden.

#### Amerika und die Kriegsschuldfrage

Washington, 18. März. Die gestrige Senatssitzung über die Kriegsschulden, aus der Einzelheiten bereits berichtet wurden, war durch einen Artikel in der Washington Post hervorgerufen worden, der auf die Möglichkeit hingewiesen hatte, daß Mellon bald nach seiner Ankunft in London die Frage der Ermäßigung der britischen Zahlungen an Amerika mit dem britischen Außenamt erörtern werde. Im weißen Haus, im Schatzamt und im Staatsdepartement wurde erklärt, daß der Artikel ein reines Phantasieprodukt darstelle; der Standpunkt der Regierung sei unverändert. Dieser gehe bekanntlich dahin, daß die amerikanische Regierung nicht die Initiative ergreifen, sondern die europäischen Regierungen an sich herantreten lassen werde, nachdem diese sich in Lausanne auf eine „vernünftige und wirklich konstruktive Formel“ geeinigt haben werden.

#### Neuer Aufruf Hitlers zu den bevorstehenden Wahlen

Berlin, 18. März. Der „Angriff“ veröffentlicht heute einen neuen Aufruf Hitlers zu den bevorstehenden Wahlen, in dem auf neue Erklärungen über die NSDAP-Kämpfe auf streng legalen Wege. Der Aufruf wendet sich dann an am 10. und 24. April stattfindenden Wahlschlachten, in denen das „System“ geschlagen werden müsse. Es gebe keinen anderen Weg, die dauernden Bedrückungen und die unausgesetzten Bedrohungen der persönlichen Freiheit, der Freiheit der Wohnung und der Person der NSDAP zu überwinden. Die SA- und SS-Männer werden aufgefordert, sich durch nichts zu einer Ungezogenheit provozieren zu lassen, aber mit dem letzten Fanatismus im Sinne der ihnen nunmehr zugehenden Richtlinien zu arbeiten. Der Aufruf schließt: Gebt Herrn Seewering am 10. und 24. April die Antwort, die Ihr ihm geben könntet: Schlagt ihn und seine Partei!

#### Das amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 18. März. Der Reichswahlprüfungsausschuss hat heute vormittag das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl festgestellt. Insgesamt wurden 87 658 036 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

Duesterberg	2 585 939	= 6,8 Prozent
Hindenburg	18 654 890	= 49,8 Prozent
Hitler	11 341 360	= 30,1 Prozent
Tschaldmann	4 982 939	= 13,2 Prozent
Winter	111 486	= 0,3 Prozent

Zersplittert waren 8622 Stimmen.

Auf Grund dieser Angaben hat der Reichswahlprüfungsausschuss festgestellt, daß ungewissheit keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat und daß Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl nicht bestehen.

#### Beschlüsse des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei

Berlin, 18. März. In der heutigen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei kam, wie die Presseberichte der Partei mitteilen, der einstimmige Beschluß zum Ausdruck, die gesamte Stoßkraft der Partei, die selbstständig in den Kampf einzutreten wird, für die Verteidigung der Herrschaft der Weimarer Koalition in Preußen einzusetzen. Begrüßt wurde allseitig das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl. Es wurde als selbstverständliche Pflicht aller Volksparteiler erklärt, Wahlmündigkeit und Plausibilität auf das Schärfste zu bekämpfen und auch im zweiten Wahlgang alle Kräfte für Hindenburg einzusetzen.

#### Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 18. März. Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute nachmittag zu Beratungen über Steuerfragen zusammengetreten. Die Besprechungen über die Senkung der Biersteuer sind bereits gestern abgeschlossen worden. Man vermutet, daß die hierüber gefassten Beschlüsse heute abend bekanntgegeben werden.

#### Reichsgarantie für die Kreditbanken

Berlin, 19. März. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett Beschlüsse gefaßt, die zwischen den betreffenden Kreditbanken und den Kreditbanken geschlossen worden sind. Danach übernimmt das Reich eine Kreditgarantie in Höhe von 77 Millionen Mark, wovon 7 Millionen Mark für die Kreditbanken bestimmt sind. Der übrige Betrag wird für das Jahr 1932 den größeren Kreditbanken zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß von den alten Kreditbanken und der Geschäftsführung der Kreditbanken gewisse Unterlagen geschaffen werden, von denen die Übernahme der tatsächlichen Guthaben abhängig gemacht wird. Die alten Kreditgeber haben sich schon bereit erklärt, ihre Guthaben bis 31. Dezember 1932 zu einem niedrigeren Zinssatz setzen zu lassen. Die Beschlüsse der Regierung und Reich sind abgelehnt, ihrer Geschäftstätigkeit

Zusammenlegung des Aktienkapitals von 10:8 vorzuschlagen, so daß es sich bei jeder Gesellschaft auf 48 Millionen Mark beläuft. Die Auslandsschulden fallen unter die Bestimmungen des Stillhalteabkommens.

#### Heeresvereinfachung und Arbeit in der Reichswehr

Berlin, 18. März. Eine Anzahl Berliner Blätter veröffentlicht einen Befehl des Chefs der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein, über die durchgeführte Heeresvereinfachung und die Arbeit der nächsten fünf Jahre in der Reichswehr, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Vereinfachungsmaßnahmen vor dem Abschluß stehen. Die Vereinfachung umfaßt zahlreiche größere und kleinere Maßnahmen, eine Aufgabe, der die nächsten fünf Jahre gehören, innerhalb deren der jetzige Zustand des Heeres und die festgelegten Verwaltungsgrundsätze nicht mehr geändert werden sollen. Um die einheitliche Grundauffassung zu wahren, verweist der Chef der Heeresleitung auf die beiden bedeutsamsten Punkte: „1. Die Personalabnahme bei Stäben dienen Mittel- und unmittelbar dem Heben der Frontstellungen. Mittel- und unmittelbar dem Heben der Frontstellungen. Mittel- und unmittelbar dem Heben der Frontstellungen.“

## Die Haussuchungen in Preußen

#### Erklärung des Reichsinnenministers

Aber die Aktion gegen die NSDAP.  
Berlin, 18. März. Der Reichsinnenminister veröffentlicht folgende Erklärung über die Aktion der NSDAP: Es ist zutreffend, daß Herr Kämmerling einige Tage vor der Wahl mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, daß er beabsichtige, für den Wahltag die SA in ihren Unterkunftsstätten geschlossen zusammenzuhalten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen. Gegen diese Maßnahmen bestanden beim Reichsministerium des Innern keine Bedenken, besonders auch deshalb, weil dadurch die Verantwortlichkeit der öffentlichen Sicherheit für alle etwaigen Vorkommnisse klar gestellt war. Der ruhige Verlauf des Wahltages hat der Auffassung des Reichsinnenministers Recht gegeben.

Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilisierung der SA und

Wirtschaften betrifft, so handelt es sich dabei um altbekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unverzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet und jede Nachricht auf ihre Richtigkeit nachgeprüft. Ich habe den preussischen Minister des Innern gebeten, mir schnellstmöglich das bei den Hausdurchsuchungen der letzten Tage gefundene Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine weiteren Entschlüsse fassen.

#### Das Ergebnis der politischen Ermittlungen bei der NSDAP noch unbekannt

Berlin, 18. März. Wie wir von zuständigen preussischer Seite erfahren, liegt das Ergebnis der politischen Ermittlungen noch nicht vor. Die ganze Aktion hatte weniger politischen als politischen Charakter. Zu den in einer Berliner Mittagszeitung erschienenen